Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Chr. Herrman's Buchhandl., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Jacob Türkheim. — Hannover: Carl Schüssler. — Jena: Costenoble's Buchhandl.

Abend-Ausgabe.

Mainz: D. Frenz. — Breslau: Bernhard Grätter. — Minden: C. Marowski. — Würzburg: Stahel's Buchh. — Wien: A. Oppelick, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Montmartre et 21 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8.

Nr. 43. **Berlin, Dienstag den 18. Februar 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen,** sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstr. 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 18. Februar.

Seit Jahrzehnten hat das Manchesterthum sich in Deutschland eine Geltung verschafft, welche, nachdem sie die Autorität der akademischen Lehrstühle für sich gewonnen hatte, schließlich auch durch die Gesetzgebung anerkannt wurde.

Die Reaktion konnte naturgemäß nicht ausbleiben.

Denn fragen wir uns, wodurch das Manchesterthum die Kraft zu seinen Verheerungszügen gewonnen hat, so finden wir dieselbe in der Ausbildung der Theorie, welche der deutschen Liebhaberei für systematische Konstruktion so sehr entgegenkam, durchaus aber nicht in der Berufung auf die praktische Erfahrung, welche auf dem Gebiete des wirthschaftlichen Lebens allein maßgebend sein müßte. Dieser Nachweis wurde immer und überall durch Versprechungen ersetzt, welche in der Logik der aufgestellten Lehrsätze ihre Begründung hatten, von der Erfahrung aber nirgends ratifizirt wurden.

Um ein naheliegendes Beispiel anzuführen, erinnern wir an die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, welche mit den schlagendsten Argumenten befürwortet wurde, unter denen aber gerade dasjenige fehlte, welches allein hätte entscheiden sollen. Es wurde nirgends der Nachweis geführt, daß an irgend einem Orte nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und in Folge dieser Aufhebung „das Brod und Fleisch des Armen" billiger geworden wäre. Freilich spielten in Frage der Mahl- und Schlachtsteuer noch andere Rücksichten hinein, als die Sorge für billige Lebensmittel; aber wir zweifeln sehr, ob selbst Diejenigen, welche ihre Gründe aus der Finanztheorie entlehnten, eine Befriedigung in den praktischen Ergebnissen gefunden haben.

Dagegen wurde bei der Propaganda des Freihandels die Thatsache ignorirt, daß England seine Apostel des Freihandels erst auf den Kontinent schickte, nachdem es sich in Folge seiner großen Kapitalsmacht und seiner entwickelten Industrie in den Stand gesetzt hatte, bei Anerkennung des Freihandelsprinzips alle Konkurrenz zu überflügeln und den europäischen Markt zu beherrschen, d. h. die Kontinentalindustrie lahm zu legen und mit ihr die Quelle des nationalen Wohlstandes zu verstopfen.

Aber doch wäre es dem Manchesterthum nicht so leicht geworden, sich in Deutschland populair zu machen, hätte man nicht ein so verführerisches Schlagwort wie **Freihandel** in das Volk zu werfen und demselben glauben zu machen verstanden, daß die Förderung des englischen Handelsinteresses parallel laufe mit den politischen Freiheitsbestrebungen Deutschlands.

Mit diesem Köder wurde die gesammte liberale Presse Deutschlands eingefangen, und da diese immer noch den meisten Einfluß auf das Gros des deutschen Publikums ausübt, so wurde alsbald das Vorurtheil erzeugt, daß man nicht liberal sein könne, ohne zugleich freihändlerisch zu sein, daß Jeder, welcher dem Manchesterthum entgegentrete, zur „Reaktion" gehöre. Auf der einen Seite das Panier der Freiheit — auf der andern: — der Zopf!

Vergeblich wurde wiederholt und vor einiger Zeit auch im Herrenhause von einem Redner darauf hingewiesen, daß die Schwankung zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern durchaus nicht dem Stand der politischen Parteien entspreche; daß in den Reihen der Hochtorys, in den Kreisen der strengsten Konservativen enragirte Freihandelsmänner sich befänden und umgekehrt höchst freisinnige Männer sich gegen das laissez faire erklärten, welches die nationale Arbeit zu Grunde richte.

Die theoretische Kontroverse änderte so wenig etwas in dem Stand der Dinge, wie selbst argumenta ad hominem; gegen die Verirrungen der Theorie hilft nur die harte Schule der Erfahrung, und diese harte Schule ist Deutschland durchlaufen. Von den Versprechungen des Manchesterthums ist keine zur Wahrheit geworden; aber der wirthschaftliche Zustand Deutschlands hat sich derartig gestaltet, daß alle Welt in der Ueberzeugung sich zusammenfindet — so kann es nicht weitergehen.

Aber wo liegt die Heilung? Die Reichstags-Eröffnungsrede hat das Ziel gezeigt: **der deutsche Markt muß der nationalen Produktion gesichert bleiben!**

Die „Köln. Ztg." erzählte dieser Tage eine **höchst ergötzliche Geschichte** über den Verlauf, welchen ein Besuch des Finanzministers Hobrecht beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruh genommen haben soll. Offenbar sagt sich die Redaktion: Si non è vero u. s. w. Jedenfalls hat die Phantasie des Erzählers die Kosten der Erfindung allein bestritten und sich nicht der kleinsten Anlehnung an thatsächliche Verhältnisse schuldig gemacht. Am wichtigsten ist wohl, daß die politische Pointe der Erzählung nicht wahr ist, nämlich die Voraussetzung, daß bei dem Besuche keine Aussprache über die Frage der sogenannten konstitutionellen Garantien erfolgt sei. Die Wahrheit ist, daß das Ergebniß des Besuches, nämlich die Verständigung über die Erklärung, wie sie der Finanzminister nach Einholung der Allerhöchsten Genehmigung seitdem im Abgeordnetenhause abgegeben hat, bereits der Oeffentlichkeit vorliegt. Der Genuß an der Erfindung der „Köln. Ztg." ist durch die so bald folgende Abgabe der Erklärung des Finanzministers leider etwas abgekürzt worden. Nicht anders verhält es sich mit dem als Fühler in die Welt gesetzten Gerüchte über Differenzen im Schooße des Staatsministeriums, insbesondere zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Handelsminister über die Eisenbahntariffrage. Die völlige Grundlosigkeit dieses Gerüchts ist schon neulich hervorgehoben worden. Es wird jedoch gut sein, daran zu erinnern, daß die Tariffrage eine Angelegenheit des Reiches ist und nicht eine solche des Einzelstaates. Für Eisenbahnsachen hat das Reich, soweit sie seiner Kompetenz unterliegen, geordnete Organe in dem Reichseisenbahnamte und in dem Generalpostmeister. Eine Zuziehung des preußischen Handelsministers bei der Tariffrage, bezw. bei der Ordnung derselben durch das Reich würde dem gegenwärtigen Stande der Sache nicht entsprochen haben.

Immer mehr tritt bei der Agitation für und gegen das Zollprogramm des Fürsten Reichskanzlers vom 15. Dezember vorigen Jahres die Frage der **Getreidezölle** in den Vordergrund. Es ist ein bedeutsames Zeichen, daß, je mehr die Session des Reichstags nahte, desto lebhafter besonders in den Kreisen der **landwirthschaftlichen Vereine** sich das Bedürfniß regte, durch Zustimmungsadressen dem Fürsten zu erkennen zu geben, daß der weitaus überwiegende Theil der landwirthschaftlichen Bevölkerung sein Vorgehen in der Zollfrage mit Freuden begrüßte. Da sind in den wenigen Tagen vom 5. bis 11. Februar dem Reichskanzler allein von landwirthschaftlichen Vereinen 21 Adressen zugegangen, welche alle einstimmig in dem Ausdrucke der Ueberzeugung sind, daß nur durch Einführung von Getreidezöllen der augenblicklich so sehr darniederliegenden Landwirthschaft aufgeholfen werden könne.

Ein besonders bewegliches Bild von der allgemeinen Nothlage liefert die Eingabe des **Landwirthschaftlichen Vereins zu Kottbus.** Es heißt in derselben:

„In den fabrikreichen Städten Kottbus und Peitz stockt das Geschäft seit Jahren, die Hälfte der Fabrikarbeiter ist entlassen, hunderte von brodlosen Leuten durchziehen das Land, Arbeit suchend, bettelnd und aus Hunger zu Verbrechen getrieben; der kleine Kaufmann und Handwerker, der seine früheren Ersparnisse aus früheren günstigen Jahren bereits verbraucht, geht seinem gänzlichen Ruin entgegen. Die Wochen- und Viehmärkte, noch vor wenigen Jahren reich besucht, sind verödet, es fehlen die Käufer, der Landmann, früher der lebhafteste Konsument der Städte, schränkt sich auf das Aeußerste ein. Jeder ist bemüht, nur die Löhne und Zinsen aufzubringen, von allen Luxus- und Meliorationsausgaben ist längst keine Rede mehr. Die Getreidepreise sind so niedrig, daß kaum die Produktionskosten gedeckt sind. Fettvieh ist nur in den vorzüglichsten Exemplaren überhaupt abzusetzen, Brackschafe können nur weit unter dem Werthe verkauft werden. Die Milch- und Butterkonsumtion in den Städten ist auf die Hälfte des früheren Betrages gesunken, die zahlreichen Molkereiwirthschaften wissen nicht, wie sie ihre Produktion verwerthen sollen. Die Schafzucht, der Haupt- landwirthschaftliche Erwerbszweig dieser Gegend, ist durch die steuerfreie Einfuhr australischer und südamerikanischer Wollen gänzlich ertraglos geworden und wird nur des unentbehrlichen Düngers wegen mit Schaden fortbetrieben. Die Teichwirthschaft ist wegen der mangelnden Konsumtionsfähigkeit der größeren Städte und der Konkurrenz der böhmischen Fische in die trübste Lage gebracht, Holz liegt geschlagen in den Wäldern und ist nicht abzusetzen. Die Ziegeleien stehen, oder werden, nur um das Personal zu erhalten, mit Nachtheil betrieben."

Die Gründe für diese traurige Lage findet der Verein in der bisherigen **fehlerhaften Zollgesetzgebung.** Die Adresse sagt in dieser Hinsicht:

„Wir haben wie die meisten Landwirthe vor Jahren für den Freihandel geschwärmt und unser Land schon damals für reif gehalten, auf den großen Weltmarkt der unbeschränkten Konkurrenz unbekümmert hinzutreten. Es ist uns aber ein Bedürfniß, offen es hier auszusprechen, daß die Ereignisse der letzten Jahre uns gründlich von dieser irrigen Schwärmerei geheilt und uns die Ueberzeugung aufgezwungen haben, daß Deutschland, und namentlich die östlichen Provinzen Preußens, noch lange eines wohldurchdachten Zollsystems bedürfen werden, um allmälig wieder in die alten Geleise zu treten. Die Höhe dieser Zölle und ihre Ausdehnung auf die einzelnen Artikel genau zu normiren, halten wir für außerordentlich schwer, erwarten aber von dem festen Zusammenwirken unserer Reichstags-Abgeordneten mit den Organen des Fürsten Reichskanzlers eine sichere Lösung dieses Problems."

Die Eingabe schließt mit den Worten:

„Wir schließen mit der Erklärung, daß wir, so weit unser Einfluß reicht, bei der Behandlung dieser Frage mit allen ihren Konsequenzen fest zur Reichsregierung stehen."

Auch aus dem heimathlichen Kreise des Fürsten Reichskanzlers liegt eine Adresse des **Landwirthschaftlichen Vereins Stolp-Rummelsburg-Schlawe** vor, in der es unter Anderm heißt:

„Ohne einem bestimmten Systeme zuzustimmen, ohne Schutz oder Privilegien zu verlangen, hoffen und erbitten wir eine Gleichstellung deutscher Produzenten in Landwirthschaft und Industrie mit den Produzenten des Auslandes und erwarten vertrauensvoll von Sr. Durchlaucht und den ihn unterstützenden Faktoren der Gesetzgebung verständnißvolle Durchführung der wirkungsvoll eingeleiteten Schritte zum Heile des Gesammtvaterlandes."

In gleichem Sinne schreibt eine Eingabe des **„Landwirthschaftlichen Vereins im Riesengebirge"** aus Hirschberg:

„Wir sind der Ueberzeugung, daß unser jetzt darniederliegendes Gewerbe nur dann wieder zu einigem Aufschwung gelangen kann, wenn es durch Einführung von Eingangszöllen auf die landwirthschaftlichen Produkte und die Aufhebung der Differentialtarife in dem ungleichen Kampfe, den es mit dem unter günstigeren Bedingungen produzirenden Auslande zu bestehen hat, genügend unterstützt wird."

Im Morgenblatt gedenken wir die Reihe der Adressen aus den landwirthschaftlichen Kreisen fortzusetzen.

In Nr. 272 der hiesigen „Tribüne" vom Sonntag, den 17. November v. J. (zweites Blatt), ist unter der Rubrik „Tagesneuigkeiten" und der Ueberschrift „Toleranz und Generosität" eine Mittheilung abgedruckt, nach welcher der Prediger G. in F. die Verrichtung der von dem Zimmergesellen L. nachgesuchten Nothtaufe seines Kindes abgelehnt habe, weil Letzterer nicht im Stande gewesen sei, die von dem Geistlichen angeblich geforderte Vorausbezahlung der Taufgebühren zu leisten. Das in diesem Artikel geschilderte Verhalten eines Geistlichen würde ebenso den gesetzlichen Vorschriften, wie den seelsorgerischen Pflichten des geistlichen Amts zuwiderlaufen. Um die Wahrheit des angeblichen Vorganges festzustellen, hat daher der Evangelische Ober-Kirchenrath die Redaktion der „Tribüne" vor länger als zwei Monaten um Angabe des Namens und des Wohnorts des beschuldigten Geistlichen ersucht, eine Antwort aber hierauf nicht empfangen. Es kann daher wohl kein Zweifel sein, daß der in jenem Artikel geschilderte Vorgang, welcher ohnedies für jeden Kundigen an Unwahrscheinlichkeit litt, nicht auf Wahrheit beruhe, oder die „Tribüne" hat, indem sie auf die amtliche Aufforderung der berufenen Behörde der Nennung des öffentlich Beschuldigten sich entzog, hierbei der einer ehrenhaften Presse obliegenden sittlichen Pflicht nicht genügt, dergleichen Vorgänge zu veröffentlichen, nicht um damit Aergerniß zu erregen, sondern um die Ahndung des Vergehens und die künftige Beseitigung solcher Vorgänge herbeizuführen.

Es verdient besonders betont zu werden, daß die vom Reichseisenbahn-Amt aufgestellten **„Betriebsergebnisse der Eisenbahnen Deutschlands** für das Betriebsjahr 1877 nebst seinen erläuternden und ergänzenden Bemerkungen, sowie graphischen Darstellungen" ein vorzügliches Nachschlagebuch für die Verhältnisse der deutschen Eisenbahnen darstellen. Die in 85 Kolonnen spezifizirten Nachrichten über dieselben geben ein durchaus treues Bild des Standes jeder einzelnen Eisenbahn, so daß diese Zusammenstellung vortrefflich benutzt werden kann, wenn man sich über die Prosperität einer Bahn Auskunft holen will.

Auf der kaiserlichen **Werft zu Wilhelmshaven** haben die im Jahre 1874 unter Hinzuziehung eines Beamten des Handelsministeriums begonnenen, und später durch die Maschinenbau-Ingenieure der Werft fortgesetzten Versuche mit verschiedenen **Steinkohlen** auch im letztverflossenen Jahre stattgefunden. Es wurden dabei einmal die bereits im Jahre 1877 begonnenen Versuche mit niederschlesischen Kohlen aus dem Revier Waldenburg fortgesetzt, zum Andern die der Werft zum Ankauf für den Jahresbedarf offerirten Kohlen probirt und außerdem die kontraktlich vorgeschriebenen Abnahmeversuche mit Proben der für den Gebrauch der Schiffe und für den Betrieb auf der Werft angekauften inländischen Kohlen ausgeführt. Von letzteren wird in Bezug auf die oberschlesischen zu bemerken sein, daß sie sehr rapide verbrennen, schnell Dampf geben, also mehr Rauch und geringeren Heizeffekt als die westfälischen Fettkohlen geben, überhaupt den westfälischen Gaskohlen oder New-Castlekohlen nahe stehen; die niederschlesischen Kohlen nähern sich in ihren Eigenschaften theils den Gas-, theils den Fettkohlen; sie verbrennen mit langer Flamme und ziemlich starker Rauchentwicklung; die westfälischen Fettkohlen sind leicht entzündlich und verbrennen mit langer heller Flamme und meist geringer Rauchentwicklung.

In der am Sonntag hier abgehaltenen Delegirtenversammlung des **Zentralverbandes deutscher Industriellen** ist nachstehender, von Scherenberg-Elberfeld im Interesse der Wupperthaler Exportindustrie gestellter Antrag mit großer Majorität angenommen worden:

In Erwägung, daß es der Gerechtigkeit entspricht, denjenigen Zweigen der Exportindustrie, welche auf den Bezug auswärtiger Rohstoffe resp. Halbfabrikate angewiesen sind und durch die Erhöhung einzelner Tarifpositionen geschädigt werden könnten, ein Aequivalent zu geben, empfiehlt die Delegirtenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller der Reichsregierung die Aufrechterhaltung und weitere Ausbildung des Veredlungsverkehrs, resp. die Einführung von Zoll-Rückvergütungen.

Die Annahme dieses Antrages in einer Versammlung, welche in der Manchesterpresse als der eigentlichste Mittelpunkt der Schutzzollbewegung hingestellt wird, dürfte im Besonderen die Exportindustrien darüber beruhigen, daß sie von dieser Seite und wohl auch von keiner anderen eine Beeinträchtigung berechtigter Interessen zu besorgen haben.

Aus **Wien,** 16. Februar, erhalten wir folgendes Schreiben:

Die heutige „Wiener Zeitung" publizirt die Allerhöchsten Handschreiben, welche die Konstituirung des neuen Ministeriums anordnen. Dr. v. Stremayr ist mit der Leitung des Ministeriums betraut, behält aber auch das bisher von ihm innegehabte Portefeuille für Kultus und Unterricht. Graf Taaffe ist zum Minister des Innern ernannt. Die übrigen Minister werden in speziellen, an jeden Einzelnen gerichteten kaiserlichen Handschreiben reaktivirt. Mit dieser bedeutungsvollen Thatsache ist eine Krisis aus der Welt geschafft, welche wie ein schwerer Alp auf unserem öffentlichen Leben lastete und es in den Bannkreis einer Stagnation hielt, welche bei längerer Dauer gefahrdrohend für dasselbe sich hätte gestalten müssen. Wie sehr dies allseitig, auch von Seite der Opposition anerkannt wurde, und wie tief und allgemein der Wunsch nach Konstituirung eines Ministeriums und nach Abschluß der durch so lange Zeit sich hinziehenden Ministerkrisis war, geht wohl am besten aus dem Umstande hervor, daß selbst die Organe der Opposition den Abschluß der letzteren als eine zwingende Nothwendigkeit erkannten und demnach auch die Konstituirung des Kabinets ohne Voreingenommenheit mit Wohlwollen begrüßen.

Dieser unleugbaren Nothwendigkeit gegenüber mußten alle Wünsche und Hoffnungen, welche an die Neubildung des Kabinets vor Monaten geknüpft sein mochten, in den Hintergrund treten; denn nachdem alle Versuche, die zerfahrene Majorität der liberalen Partei wieder einheitlich zu gestalten und aus ihrer Mitte ein Kabinet zu bilden, gescheitert waren, mußte es sich vor Allem darum handeln, dafür zu sorgen, daß das konstitutionelle Leben nicht ins Stocken gerathe, und da sich nun einmal die Unmöglichkeit ergab, neue parlamentarische Kräfte zur Leitung der Regierungsgeschäfte heranzuziehen, mußte man naturgemäß dahin gelangen, die alten, erprobten Kräfte auf's Neue mit den Geschäften zu betrauen, umsomehr, als nicht nur ihre treue Anhänglichkeit an das Verfassungsleben, sondern auch die reichen Erfahrungen, welche sie sich während ihrer bisherigen Amtsführung zu sammeln Gelegenheit hatten, dafür sprachen. Auch Graf Taaffe, der neue Minister des Innern, ist kein homo novus; auch er ist den parlamentarischen Kreisen ein Bekannter, und wie jeder hervorragende Staatsmann findet er in denselben neben einzelnen politischen Gegnern gewiß wieder auch zahlreiche Freunde.

Die Hauptaufgabe des neuen Kabinets — Stremayr-Taaffe — wird es sein, den parlamentarisch-geschäftlichen Uebergang von der gegenwärtigen zur nächsten Reichstagssession zu vollführen, und in diesem Umstande allein liegt schon die Gewähr, daß das Kabinet mit Unbefangenheit an seine Arbeit und vor das Parlament wird treten können; denn man wird nun beiderseits wissen, was man gegenseitig von einander zu fordern sich berechtigt halten kann. Thatsächlich steht dem Parlamente nun ein neuer Kabinetschef und ein neuer Minister des Innern gegenüber, die Zwistigkeiten mit dem früheren Kabinet sind aber dadurch, offiziell wenigstens, als erloschen zu betrachten, und es steht nichts im Wege, daß sich Parlament und Ministerium nach altem parlamentarischem Brauch mit wohlwollender Höflichkeit begegnen.

Dem abtretenden Fürsten Adolf Auersperg, als Chef und Namensträger des bisherigen Kabinets, sowie dem hochbegabten genialen Sprechminister Dr. Joseph Unger jetzt ein Zeugniß ihres Wohlverhaltens in einer langen Lobrede nachzusenden halten wir nicht an der Zeit. Die eigene Partei, aus der beide Männer zu ihren Ministerportefeuilles gelangten, und welche trotzdem von dieser in jüngster Zeit so heftig bekämpft wurden, die eigene Partei — sagen wir — wird die Aufgabe haben, die hohen Verdienste zu würdigen, welche Beide unter schwierigen Verhältnissen (die so leicht vergessen zu haben man sich den Anschein giebt) um die Förderung und Erhaltung des Verfassungslebens sich erworben haben. Und wie der Eine mit mannhafter Offenheit und Energie, und gefördert durch seine hervorragende soziale Stellung mit aller Kraft seines ehernen Charakters für die Aufrechthaltung und Fortentwicklung des konstitutionellen Lebens einstand, so hat der Andere durch den hohen Rang, den er auf dem Gebiete der Wissenschaft sich errungen, sowie durch die Meisterschaft in der Redekunst die Würde und das Ansehen unseres Parlamentes in hohem Grade gehoben und befestigt, und daran werden sich wohl auch Diejenigen, welche Beide in jüngster Zeit mit so großer Vehemenz bekämpfen, häufig erinnern müssen, wenn sie der nun entschwundenen glanzvollen Perioden ihres eigenen parlamentarischen Wirkens gedenken werden.

In den oppositionellen Kreisen scheint übrigens jetzt die Ueberzeugung zum Durchbruch gelangt zu sein, daß es auf dem bisher eingeschlagenen Wege weiter nicht fortgehen könne, und man macht Versuche, die zerfahrene und in Fraktionen aufgelöste Partei auf's Neue zu konsolidiren. Ein nach dieser Richtung veranstaltete Konferenz hat nur ein sehr geringes Resultat ergeben. Statt direkt auf die Lösung der wichtigsten, die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nehmenden Fragen einzugehen, begnügte man sich mit der Wahl eines Komité's, das die Vereinigung durch Einberufung von Konferenzen von „Fall zu Fall" anstreben soll. Es ist dies ein ziemlich abgebrauchtes Experiment, das schon oft versucht, bisher aber immer noch den Dienst versagt hat. Auf diese Weise wird also die Rekonstituirung der Partei kaum zu Stande gebracht werden können, und so wird auch sie wohl das Resultat der Neuwahl des Parlamentes abwarten müssen.

Rundschau im Auslande.

Die **französische** Regierung sucht die schwierige Klippe, gegen welche der Beschluß des Pariser Munizipalraths, 100,000 Frcs. zu Gunsten der heimkehrenden Kommunisten zu bewilligen, das französische Staatsschiff drängt, dadurch zu umsegeln, daß sie die Fürsorge für diese Heimkehrenden selbst, auf den Staatshaushalt, übernimmt. Damit hat das Ministerium Waddington gleich bei dieser ersten Probe, vor welche der hauptstädtische Radikalismus es gestellt, eine anerkennenswerthe Energie und Entschiedenheit bewiesen, für die es nur beglückwünscht werden kann, indem es, unter Anerkennung der humanen Seite der Absichten des Munizipalrathes demselben doch keinen Zweifel darüber belassen hat, daß in der wahren Republik vor Allem die Achtung vor dem Gesetze erforderlich sei. In der Amnestievorlage selbst ist die Regierung mit der Kommission der Deputirtenkammer bis auf die auf die Aufständischen vom 31. Oktober 1870 bezüglichen Bestimmungen einig. (Vgl. Depeschen der heutigen Morgenausgabe.)

Dem „Journal officiel" zufolge hat der Präsident der Republik die Antwort unseres Kaisers auf das Schreiben empfangen, in welchem Allerhöchstdemselben Herr Jules Grévy seine Berufung zur Präsidentschaft notifizirt hat. Pariser Blätter signalisiren ferner folgende Veränderungen im diplomatischen Korps Frankreichs: Graf Mouy, erster Botschaftssekretair in Berlin, wird in gleicher Eigenschaft nach Wien versetzt, wo derselbe aus seiner Thätigkeit im Sekretariat des Berliner Kongresses längst vortheilhaft bekannt ist. Graf Gaston de la Rochefoucauld, der bisher der spanisch-französischen Grenzregulirungskommission angehörte, kommt als erster Sekretair zu Herrn Challemel-Lacour nach Bern, Graf Canclaux, bisher erster Sekretair in Bern, kommt in gleicher Eigenschaft nach Berlin.

Der jetzt auch von der amtlichen „Wiener Zeitung" publizirte Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn vom 11. Oktober v. J. wird jetzt von dem augenblicklich maßgebendsten Blatte der französischen Presse, der „Republique française", ungleich anders beurtheilt, als dies beim ersten Bekanntwerden des Vertrages der Fall war. Das Blatt findet jetzt, daß Frankreich keine Veranlassung habe, sich darüber zu beunruhigen, und erkennt andererseits die Nothwendigkeit einer Beruhigung der nördlichen Distrikte Schleswigs vollständig an. Frankreichs Regierung beabsichtige nicht, Abenteuer aufzusuchen, und von diesem Gesichtspunkt aus weist die „Republique française" die von der Wiener „Neuen freien Presse" dem „Univers" nacherzählten Erfindungen über ein deutsch-französisches Abkommen bezüglich einer Vertheilung von Holland und Belgien u. s. w. mit dem Bemerken zurück, daß der abenteuerliche Charakter jenes Wiener Blattes von der Nothwendigkeit entbinde, auf eine derartige, nur mit Indignation aufzunehmende Unterstellung näher einzugehen. — Der Brüsseler „Nord" kann dagegen seine Unzufriedenheit noch immer nicht bergen und meint im Hinblick auf die in Pest gefallene Aeußerung: „das republikanische Frankreich habe an der von Napoleon III. geschaffenen Klausel kein Interesse" — daß das heutige Frankreich sich jedes Rühren an Nizza und Savoyen, obwohl doch auch durch Napoleon III. erworben, wohl energisch verbitten würde. Der „Nord" ist gerade in diesem letzteren Punkte nicht immer solcher Ansicht gewesen.

Dem **englischen** Unterhause ist das Aktenmaterial über die Kündigung des englisch-französischen Handelvertrages zugegangen. Es heißt in einer Note vom 14. Januar: Da die sämmtlichen Handelsverträge mit anderen Nationen am 31. Dezember 1879 ablaufen, so sei es für Frankreich nothwendig, die Verträge mit England und Belgien zu kündigen, damit die Regierung von allen Verpflichtungen frei vor die Kammer treten kann. Das französische Kabinet behalte sich vor, die im Jahre 1877 abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen, sobald die Umstände es gestatten. Die Korrespondenz endet mit einer Verbalnote des Botschafters Lord Lyons vom 23. Januar, in welcher die englische Regierung, die Kündigung der Verträge bedauernd, es beklagt, von Frankreich keine Zusicherung empfangen zu haben, daß die allgemeine Politik, welche während der Dauer der Verträge die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern geregelt habe, erhalten bleiben solle. Jede Ungewißheit bezüglich des französischen Tarifs sei dem Handel zwischen Frankreich und England nachtheilig, und die Regierung Ihrer Majestät bitte, das französische Kabinet möge ihr seine Absichten bezüglich künftiger Verträge mittheilen, damit dieselben reiflich erwogen werden könnten.

Weiter wird aus London eine leichte Erkrankung Lord Beaconsfields und die Berufung des Lord Napier of Magdala zum Oberbefehlshaber am Kap gemeldet.

Die Madrider „Epoca" bespricht die kürzlich vom Präsidenten Grévy an eine Abordnung des Vereins französischer Industrieller gerichteten Worte und fügt von ihrem **spanischen** Standpunkte aus hinzu: Die von der Industrie der Vereinigten Staaten den Produkten Europa's bereitete Konkurrenz werde die Alte Welt zwingen, die Doktrinen der Freihändler aufzugeben, falls sie nicht ihre eigene Industrie verschwinden sehen wolle. — Das spanische Blatt „Patria" erfährt aus Tanger: „Englische Genie-Offiziere sind mit der Errichtung maskirter Batterien, armirt mit 38-Tons-Geschützen, in Gibraltar beschäftigt, um die Meerenge und den gegenüberliegenden spanischen Küstenstrich von Algeciras völlig beherrschen zu können."

Zur **Pest-Epidemie** wird in den heute eingetroffenen Petersburger Blättern ein Erlaß des Kaisers mitgetheilt, welcher für Petersburg eine Reihe von Vorsichtsmaßregeln anordnet. Darnach wird befohlen:

1. In St. Petersburg eine besondere Kommission unter dem Vorsitz des Generallieutenants Helfreich aus Mitgliedern der Bezirks-Militair-Medizinal- und Ingenieurverwaltung, des Stabes der Lokaltruppen und der Kommandanturverwaltung und mit Hinzuziehung eines Deputirten der städtischen anordnenden Kommission zur genauen Besichtigung der Kasernen der Lokaltruppen und der Kommandanturverwaltung zu errichten, die in den mehr bevölkerten Theilen der Residenz gelegen sind, und gleicherweise Maßregeln zur Assainisation dieser Gebäude zu ergreifen, so daß zum Frühjahr alle bezüglichen nothwendigen Arbeiten zu Ende geführt sind. 2. Für die Reinigung und die Desinfektion der Kasernen der Lokaltruppen vorläufig der Kommission 1000 Rbl. zur Verfügung zu stellen und in Betreff der Anweisung von Mitteln zur Reinigung der Kasernen der Kommandanturverwaltung, die unter der Leitung der Stadt stehen, mit dem Stadthauptmann in Verbindung zu treten. 3. Der Präsident der Kommission hat die Instruktion zur schnellen Ausführung dieser Maßregeln dem Gehülfen Sr. kaiserl. Hoheit des Oberkommandirenden Generaladjutanten Baron Bistrom zur Bestätigung vorzulegen, welchem sowohl die Oberaufsicht und die Leitung der Thätigkeit der Kommission übertragen ist, als auch obliegt, Seiner kaiserl. Hoheit über die getroffenen Maßnahmen Rapport zu erstatten. 4. Beim Generalstab nachzusuchen, daß die Kommandos und einzelnen Untermilitairs, welche aus infizirten Gegenden in den Bezirk geschickt werden, einer strengen Desinfektion unterworfen werden. 5. Aehnliche Sanitätskommissionen in den Gouvernementsstädten des Bezirks zu errichten.

Aehnliche Anordnungen sind auch für Warschau und Moskau ergangen. Der Warschauer Kommission, unter Vorsitz des General-